



Nach dem Ja zur Windkraft der Göllersdorfer fürchtet die Großmugler Bevölkerung eine Ausweitung des Baus auf das Gemeindegebiet und dass dadurch die Sternenlichtoase gefährdet wird. FOTO: WALDHÄUSL

Sterne statt Windkraft

OFFENER BRIEF / Keine Windräder auf Gemeindegebiet, um Sternenlichtoase nicht zu gefährden.

VON YVONNE GSCHWINDL

GROSSMUGL / Bereits 2007 lehnte Großmugl die Umwidmung von Waldflächen zur Windkraftnutzung per Gemeinderatsbeschluss ab. Bei seiner Wahl zum Bürgermeister im Mai 2009 versprach Karl Lehner (ÖVP), das Waldgebiet auch in Zukunft nicht umwidmen zu wollen. „Dazu stehe ich heute noch“, so Bürgermeister Lehner.

Einen Grundsatzbeschluss in der Sache hält der Ortschef aber für wenig sinnvoll. Dieser könnte mit jeder neuen Gemeinderatsentscheidung wieder ad absurdum geführt werden. Die SPÖ ist da anderer Meinung. Die Parteimitglieder griffen die Besorgnisse der Bevölkerung auf, die Göllersdorfer Windparkanlage könnte immer weiter ausgebaut werden und früher oder später auch auf Großmugler Gemeindegebiet übergehen. Sie schickten einen offenen Brief an Bürgermeister Lehner und die anderen Gemeinderäte. „Wir sind nicht gegen Windkraft, jedoch muss der

Standort sehr sorgfältig gewählt werden“, war darin zu lesen.

Wie von der Bevölkerung gewünscht, setzt sich der Gemeinderat um Bürgermeister Lehner für Mindestabstände zum Großmugler Gemeindegebiet ein. U.B.L.-Gemeinderat Rudolf Erdner ist sich sicher: „Großmugl verfolgt mit der Sternenlichtoase ein wesentlich besseres Projekt. Windkraftprojekte gibt es mittlerweile wie Sand am Meer, die Sternenlichtoase nur einmal.“

Zur Erinnerung: Mitten im Wald, knapp an der Großmugler Grenze, will die Simonsfeld AG eine Windparkanlage errichten. Geplant sind 14 Windtürme mit fast 200 Metern Höhe. Vor über einer Woche gab es dazu eine Befragung der Göllersdorfer Bevölkerung. 68 Prozent stimmten dafür, dass Windräder im Wald gebaut werden dürfen. „Verschweigen sollten wir aber nicht, dass die beiden Ortschaften Porrau und Bergau zu 83 Prozent und 71 Prozent das Projekt abgelehnt haben“, betont U.B.L.-Gemeinderat Erdner.